

Die SPD und die Sicherheitspolitik

● Wir sagen:

Die SPD hatte aufgrund ihrer pazifistischen Gesinnung schon immer ein gespaltenes Verhältnis zur Sicherheitspolitik und zur Bundeswehr.

Sie ist ein Sicherheitsrisiko für unser Land.

Dies wollen wir auf den folgenden Seiten dokumentieren.

Die SPD-Sicherheitspolitik im ersten Jahrzehnt des Bestehens der Bundesrepublik:

November 1949:

Die SPD sagt Nein zu der von Konrad Adenauer angestrebten Westintegration der Bundesrepublik.

8. November 1950:

Die SPD sagt Nein zur deutschen Teilnahme an einer europäischen Verteidigung. (Erstes Nein der SPD zur Wehrfrage).

25. Mai 1952:

Die SPD sagt Nein zur Europa-Armee (EVG).

26. Februar 1954:

Die SPD sagt Nein zum Ergänzungsgesetz des Grundgesetzes über die Wehrhoheit.

27. Februar 1955:

Die SPD sagt Nein zur Ratifizierung der Pariser Verträge, die den Beitritt Deutschlands zum Brüsseler Vertrag und zur NATO brachten.

7. Dezember 1955:

Die SPD sagt Nein zum deutsch-amerikanischen Abkommen über gegenseitige Verteidigungshilfe im Rahmen der NATO.

19. März 1956:

Die SPD sagt Nein zum Soldatengesetz.

21. Juli 1956:

Die SPD sagt Nein zum Wehrpflichtgesetz.

25. März 1956:

Die SPD sagt Nein zu einer Bundestagsentschließung, nach der die Bundesregierung für eine allgemeine kontrollierte Abrüstung sowohl atomarer wie konventioneller Waffen eintreten sollte.

23. Juni 1960:

Die SPD sagt Nein zur Novelle zum Wehrpflichtgesetz.

Die SPD in der Regierungsverantwortung:

In den siebziger Jahren begann sich die SPD mehr und mehr gegen die eigene Verteidigung, gegen die Waffen der NATO und besonders der USA zu richten, ungleich weniger gegen die Atombomben und die Stationierung von Mittelstreckenraketen durch die Sowjetunion.

Mit dem **Nein zum NATO-Doppelbeschluß** 1983 trat die SPD ihren tatkräftigsten Beweis an, daß sie die Grundbedingungen und Voraussetzungen ablehnt, die fast fünfzig Jahre den Frieden in Europa bewahrt haben. Diese innerparteiliche Auseinandersetzung zeigte auch, wie mächtig der gesinnungsorientierte Pazifistenflügel in der SPD war und ist: Bundeskanzler Helmut Schmidt scheiterte nicht zuletzt an dem Umstand, daß die SPD-Linke ihm in der Doppelbeschluß-Frage die Gefolgschaft verweigerte.

Ein weiteres Beispiel sozialdemokratischer Doppelmoral bilden die lautstarken Äußerungen der Entrüstung seitens der SPD-Pazifisten, wenn es heute um den Export von zwei U-Booten nach Taiwan geht. Geflissentlich wird dabei verschwiegen, daß U-Boote (neben anderen Waffen) gerade unter der sozialdemokratischen Regierung zu den erfolgreichsten deutschen Exportschlägern gehörten.

„Nicht-Nato-Länder kriegen von uns jede Menge U-Boote, aber keinen einzigen Panzer.“

(SPD-Bundesverteidigungsminister Hans Apel, 1978)

- 1974: 2 U-Boote für Argentinien
- 1975: 2 U-Boote für Peru
2 U-Boote für Kolumbien
- 1976: 2 U-Boote für Venezuela
- 1977: Konstruktionspläne für drei U-Boote nach Israel
2 U-Boote für Equador
- 1979: 2 U-Boote für Chile
- 1980: 4 U-Boote für Peru
- 1981: 2 U-Boote für Indonesien

Unter dem Aktenzeichen IV B4-101753 Va 4 101759/2 VS-NfD hatte sich am 12. März 1979 der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt eine Exportliste erstellen lassen. Aus der Aufstellung ging hervor, daß der Wert der Rüstungsexporte in Nicht-NATO-Staaten von 1974 bis 1978 mehr als 1,6 Milliarden DM betrug.

Die SPD und ihre Wiedervereinigungsvorstellungen:

In den Vorstellungen der SPD zur Wiedervereinigungs-Architektur war die Einheit Deutschlands — wenn überhaupt — nur vorstellbar bei gleichzeitiger Auflösung von NATO und Warschauer Pakt. Wieder einmal kamen die in der Sozialdemokratie latent vorhandenen Anti-Amerikanismen und Anti-NATO-Strömungen zu Wort. Deutschland neutral, atomwaffen-frei und nur noch mit kleiner militärischer Streitmacht: So wollte die SPD die Wiedervereinigung im Sinne sozialdemokratischer „Friedens- und Abrüstungspolitik“ benützen.

„Eine Mitgliedschaft des vereinigten Deutschland in der gegebenen Form der NATO ist nicht akzeptabel — auch nicht in der von Bundesaußenminister Genscher vorgeschlagenen und von der Bundesregierung übernommenen Form, daß die NATO ihre integrierten Verteidigungsstrukturen nicht über den jetzigen Bereich innerhalb Deutschlands ausdehnt. Dieser Vorschlag . . . widerspricht sowjetischen Sicherheitsinteressen ebenso wie den Anforderungen an eine neue gesamteuropäische Friedens- und Sicherheitsperspektive.“

(Heidemarie Wiczorek-Zeul, 1990)

Die Frage nach unseren deutschen Sicherheitsinteressen interessierte Frau Wiczorek-Zeul dabei offensichtlich so gut wie gar nicht.

Die SPD und der Golfkrieg:

Auch in der Golfkrise zeigte sich die SPD unsolidarisch und nicht bündnisfähig. Verurteilt wurde die Entsendung von deutschen „Alpha Jets“ in die Türkei — obwohl dieser Einsatz doch bereits nur Minimal-solidarität der Bundesrepublik mit einem Staat symbolisierte, von dem man seinerseits 40 Jahre lang NATO-Solidarität erwartet hatte.

So sprach etwa der damalige SPD-Fraktionsführer Hans-Jochen Vogel von der Gefahr, die NATO werde sich in ein Bündnis zur Unterstützung von „Angriffsoperationen“ wandeln (Fernsehinterview gegenüber SAT 1, 18. Januar 1991). Kein Wort darüber, daß dieser Krieg vom Irak begonnen worden war und daß der deutsche Einsatz in der Türkei im Einklang mit den UN-Resolutionen stand.

Wir wollen an dieser Stelle nicht verschweigen, daß es auch in der SPD Politiker gab und gibt, die die Sicherheitslage in der Welt realistischer als ihre Genossen von links

außen einschätzen. Doch die warnenden Appelle, die diese Realpolitiker an ihre Mitgenossen richten, verhalten wie das Flehen des einsamen Rufers in der Wüste.

So stellte Hans-Ulrich Klose, Fraktionsvorsitzender der SPD, in einem FAZ-Interview v. 25. 1. 1992 resignierend fest:

„Unakzeptabel (eher peinlich) ist dagegen der oft kunstvoll mit Worten verdeckte Versuch der Politik, sich vor den Realitäten zu verstecken.“

Mit dieser Haltung ist die SPD auch international in die Isolation geraten und hat sogar bei ihren sozialistischen Schwesterparteien massiv an politischer Glaubwürdigkeit verloren. Hans-Ulrich Klose im gleichen Interview:

„Die Sozialdemokratie hat Resolutionen produziert und anfänglich nicht einmal gemerkt, daß sie auch in den eigenen Reihen, bei den Bruder- und Schwesterparteien, nicht nur Europas, isoliert war. Die französischen Sozialisten, Labour, die spanische PSOE, die holländischen, dänischen Sozialdemokraten/Sozialisten — sie alle haben eine andere Position als die SPD und sind dennoch keine Kriegstreiber.“

Die Verbohrtheit des Pazifisten-Flügels kann manch einen vernünftigen SPD-Politiker sogar zur Weißglut bringen, was sich dann folgendermaßen liest:

Bestimmte Sozialdemokraten singen auf dem Klo die Internationale, und wenn sie rauskommen, treiben sie Provinzpolitik.“

(Erwin Horn, SPD-Verteidigungspolitiker, Welt am Sonntag v. 19. 7. 1993)

Die SPD und die Bundeswehr:

„Die SPD steht dafür ein, daß die Bundeswehr nicht zu einer frei verfügbaren Interventionsarmee wird und es keine Beteiligung der Bundeswehr an Kriegen, z. B. nach dem Muster des Golfkrieges, gibt.“

(Auszug aus dem SPD-Regierungsprogramm '94)

In dem Beschluß des Bremer Parteitages von 1991 heißt es zwar, „Deutschland wird auf absehbare Zeit Streitkräfte brauchen“, jedoch sei es das Ziel der SPD, „sie überflüssig zu machen“. In diesem Zusammenhang wird Frau Wieczorek-Zeul nicht müde, die Bundeswehr zum Synonym für die Remilitarisierung deutscher Außenpolitik zu erklären:

„Wer die Bundeswehr zur Interventionsarmee machen will, muß sagen, daß er Aufrüstung will.“

(Die Welt v. 25. 8. 1993)

Mit solchen Worten betreiben maßgebliche SPD-Politiker die Entlegitimierung der

Bundeswehr und werfen der Bundesregierung indirekt Kriegshetze vor. Sie offenbaren zugleich das sozialdemokratische Verständnis über die Rolle von Streitkräften und dem natürlichen Recht einer jeden Nation, eigene Interessen zu verfolgen:

„Andere Staaten nehmen aus nationalen Interessen eigene Interventionen vor. Deutschland sollte sich davon unterscheiden. Wir sollten der Bundesregierung nicht folgen, die unser Land an Interventionen der NATO und WEU beteiligen will, die damit ihren strikt auf Verteidigung eingestellten Charakter verlieren würden.“

(Rudolf Scharping, SPD-Parteivorsitzender, Die Zeit-Interview v. 3.9.1993)

Weil ein Teil der Sozialdemokraten wegen ihres außenpolitischen Realitätsverlustes den militärischen Auftrag der Streitkräfte verdrängt, wird aus der Bundeswehr in zunehmenden Maße eine Art technisches Hilfswerk im Kampfanzug. Ein solches Verständnis von Streitkräften ist moralisch äußerst schick — und entbindet zugleich die Politik von vielleicht notwendigen harten Entscheidungen über Krieg und Frieden. Humanitäre Hilfe setzt aber eine relative Ordnung voraus, die ihrerseits nicht mit humanitären Mitteln erreicht werden kann.

Wie gefährlich dieser „militante Pazifismus“ nicht zuletzt für die Sicherheit unseres eigenen Landes werden kann, veranschaulicht das folgende Zitat, das auch die Denkweise der friedliebenden Genossen treffend wiedergibt:

„Wenn ein jugendlicher Straftäter eine alte Frau überfällt, dann ruft die SPD üblicherweise nach Psychologen, Pädagogen und Sozialarbeitern; auf die Idee, daß es am dringlichsten ist, die Polizei und den Krankenwagen zu benachrichtigen, kommt niemand.“

(Günther Nonnenmacher zitiert hier einen SPD-Politiker, der lieber ungenannt bleiben wollte; FAZ v. 23.1.1993)

Die SPD und die UNO:

„Den Luxus pazifistischer Traumschlösser können sich nur die Menschen leisten, deren eigene Sicherheit garantiert ist: durch Geld und Kanonen oder eine hinlängliche geographische Entfernung vom Kriegsschauplatz.“

(George Orwell, No, Not One)

Sicherheitspolitik ist in der SPD nicht mehr schick und wird deshalb immer häufiger durch den Begriff der „Friedenspolitik“ ersetzt. Einer Bundesregierung, die sich zu ihrer internationalen Verantwortung bekennt und beispielsweise Schiffe zur Überwachung des UN-Embargos gegen den Aggressor Serbien entsendet, werden finsterste Absichten unterstellt — womit aber zugleich das gebrochene Machtverhältnis der SPD offenkundig wird. So wurde der Koalitionsregierung von seiten der SPD vorgeworfen, man befinde sich auf dem Weg zu einem

„Rückfall zur Denkweise der Kanonenbootdiplomatie des Wilhelminismus“

(SPD-Bundesgeschäftsführer Günter Verheugen in einer Bundestagsdebatte am 15.1.1993).

Dies ist gefährliche Propaganda, denn so wird Mißtrauen gegen die demokratische Standfestigkeit anderer Parteien geschürt.

Vor allem gegenüber außereuropäischen Konflikten reagiert die sozialdemokratische Außenpolitik im wesentlichen caritativ und rhetorisch: Gefordert werden zumeist Resolutionen internationaler Gremien und Hilfe für die Opfer von Gewalt und Krieg, internationale Katastrophenhilfe also.

Aber:

„Es reicht nicht mehr, Übereinkünfte durchzuführen oder die Gegner zu trennen; die internationale Staatengemeinschaft erwartet nun von der Organisation der Vereinten Nationen, daß sie Grenzverläufe festlegt, schwere Waffen kontrolliert und beseitigt, der Anarchie ein Ende setzt und die Durchführung humanitärer Hilfsmaßnahmen in Kriegsgebieten gewährleistet. Dies sind eindeutige Aufgaben, die ... auch ein hartes Durchgreifen und Stärke verlangen.“

(Kofi A. Annan, UN-Untergeneralsekretär für friedenssichernde Operationen der UN)

In allen sicherheitspolitischen SPD-Beschlüssen kommen gewalttätige Konflikte, die ein militärisches Eingreifen der Weltgemeinschaft notwendig machen, nicht vor — sie werden wegdefiniert. Von daher braucht auch nicht erläutert zu werden, wie UNO, KSZE, aber auch eine deutsche Regierung in den Fällen handeln soll, in denen sich ein Aggressor nicht an die Regeln des Völkerrechts und an die Definitionen der SPD-Programme hält.

Dies ist Weltfremdheit in reiner Form: Natürlich müssen sich die UN in bestimmten Fällen für Überfallene und Notleidende einsetzen. Und wenn sie einer menschenverachtenden Aggression ein Ende machen wollen, ist hierzu auch Waffengewalt politisch, völkerrechtlich und ethisch legitimiert.

Die SPD und die Blauhelmeinsätze:

Weil sich SPD-Politiker nicht mit der Rückkehr des Krieges als Mittel der Politik abfinden konnten, wurde sozialdemokratische Außen- und Sicherheitspolitik ihrerseits zu einer Fortsetzung der Verfassungspolitik mit anderen Mitteln.

Das zeigte sich zunächst an den Verfassungsklagen der SPD-Bundestagsfraktion gegen den Adria-Einsatz der Bundeswehr zur Überwachung des UN-Embargos gegenüber

Rest-Jugoslawien sowie gegen die Beteiligung deutscher Blauhelme an UNOSOM II in Somalia. Was die SPD von der großen Herausforderung für die internationale Gemeinschaft — Erhaltung und Wiederherstellung des Frieden in der Welt — tatsächlich hält, spiegelt sich in den Beschlüssen ihres Bremer Parteitages 1991 wider:

„Eine Ausweitung der Aufgaben von NATO und WEU mit dem Ziel eines möglichen Einsatzes ihrer Truppen außerhalb des NATO-Vertragsgebietes und die Aufstellung von dazu vorgesehenen Eingreiftruppen lehnen wir ab.“

Jenseits aller Realitäten hielt und hält man in der Partei-Programmatik an einer angeblich machbaren Trennung von friedenserhaltenden UN-Missionen (nach Kapitel VI der UN-Charta) und friedensschaffenden Maßnahmen (nach Kapitel VII der UN-Charta) fest:

„Auch wenn das Spektrum der Blauhelm-Missionen breiter und ihre Durchführung zum Teil sehr viel komplizierter geworden ist, ist eine klare Grenzziehung möglich und erforderlich zwischen Blauhelm-Missionen (= peacekeeping) einerseits und Kriegsführung andererseits.“

„Ein militärischer Einsatz auf der Seite einer Konfliktpartei macht Blauhelm-Soldaten zu Beteiligten an einem Krieg und zu Angriffszielen der anderen militärischen Seite. Dies bedeutet aber das Scheitern der Peacekeeping-Mission und damit der Vermittlungskompetenz der UNO.“
(SPD-Parteitagbeschuß Wiesbaden 1993)

Angesichts dieser Sichtweise von UN-Einsätzen demontiert die SPD die Glaubwürdigkeit der Vereinten Nationen, denn Somalia hat uns deutlich vor Augen geführt: Erst das Schaffen einer befriedeten Lage (Peace-Making) ermöglicht den Erhalt des Friedens (Peace-Keeping).

Die von der SPD beschlossene Beschränkung auf allein „friedenserhaltende Blauhelm-Einsätze“ ist zudem eine politische Manipulation der UN-Charta, die vom eigenen SPD-Bundeskanzler Brandt beim Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur UNO 1973 vorbehaltlos akzeptiert wurde.

FAZIT:

Die SPD hatte aufgrund ihrer pazifistischen Gesinnung schon immer ein gespaltenes Verhältnis zur Sicherheitspolitik und zur Bundeswehr.

Sie ist ein Sicherheitsrisiko für unser Land.